

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- 1.1 Der Verband führt den Namen „Deutscher Email Verband“. Er ist in das Vereinsregister Hagen unter Nr. 915 eingetragen worden und führt den Zusatz „eingetragener Verein“ (e.V.).
- 1.2 Der Verband hat seinen Sitz in Hagen.
- 1.3 Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck des Verbandes

- 2.1 Zweck des Verbandes ist die Wahrnehmung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Mitglieder. Der Verband hat das Ziel, die Bedeutung des Werkstoffes Email durch geeignete Maßnahmen allen interessierten Wirtschafts- und Verbraucherkreisen zu verdeutlichen.
- 2.2 Er erreicht dieses Ziel durch
 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - Einsetzen von Fachausschüssen und Arbeitskreisen zur Bearbeitung von emailtechnischen Fragen,
 - Sammlung von Fachliteratur,
 - Mitarbeit aller Personen und Kreise, die an der Emailindustrie interessiert sind,
 - Zusammenarbeit mit verwandten Verbänden und europäischen Organisationen.

§ 3 Mitgliedschaft

- 3.1 Mitglieder des Verbandes können alle natürlichen und juristischen Personen und Gesellschaften werden, die mit der Emailindustrie direkt oder indirekt befasst und bereit sind, den Verband bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen. Inhaber oder gesetzliche Vertreter von Firmen können nur Mitglied sein, wenn ihre Firma selbst auch Mitglied ist.
- 3.2 Der Antrag auf die Mitgliedschaft im Verband ist mit einem Formular (erhältlich unter www.emailverband.de) an den Vorstand des Verbandes zu richten.
- 3.3 Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
- 3.4 Die Mitgliedschaft endet
 1. durch Austritt, der nur zum Schluss eines Kalenderjahres mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten mit eingeschriebenem Brief an die Geschäftsstelle des Verbandes erfolgen kann,
 2. bei Fortfall der satzungsmäßigen Voraussetzungen der Mitgliedschaft,
 3. durch Ausschluss.
- 3.5 Der Ausschluss erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit den Stimmen von 3/4 der anwesenden Mitglieder. Er ist nur aus wichtigem Grund möglich. Ein solcher ist gegeben bei schwerwiegender oder wiederholter

Zu widerhandlung gegen die Satzung des Verbandes. Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb eines Monats eine Nachprüfung des Ausschlussbeschlusses durch ein Schiedsgericht verlangen, das gemäß § 13 gebildet wird und unter Ausschluss des Rechtsweges endgültig entscheidet.

- 3.6 Ausscheidende Mitglieder haben bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens die fälligen Beiträge zu entrichten. Mit dem Ausscheiden erlöschen die Ansprüche und Anteilsrechte am Verbandsvermögen.

§ 4 Beiträge

Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft verpflichten sich alle Mitglieder zur Zahlung eines Geldbeitrages, der von der Mitgliederversammlung beschlossen wird.

§ 5 Organe

5.1 Organe des Verbandes sind

1. der Vorstand
2. die Mitgliederversammlung
3. die Geschäftsführung.

- 5.2 Über alle Versammlungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung des Verbandes und die von ihnen gefassten Beschlüsse sind Protokolle anzufertigen, die vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen sind.

§ 6 Vorstand

- 6.1 Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem wissenschaftlichen Leiter sowie maximal sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter, der wissenschaftliche Leiter und die weiteren Vorstandsmitglieder werden von der ordentlichen Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit für 3 Jahre gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Amtsdauer der Vorstandsmitglieder währt bis zur Neuwahl des Vorstandes.
- 6.2 Für die Wahl des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung werden die Mitglieder mit der Einladung zur Mitgliederversammlung um Wahlvorschläge gebeten. In der Mitgliederversammlung sind weitere Wahlvorschläge möglich.
- 6.3 Die Mitgliederversammlung bestimmt einen Wahlleiter durch offene, einfache Mehrheitswahl. Der Wahlleiter gibt die Namen der abschließend vorgeschlagenen Kandidaten bekannt. Er veranlasst eine kurze Charakterisierung der Kandidaten.
- 6.4 Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung durch Wahlzettel, die die Namen aller Kandidaten enthalten (verbundene Einzelwahl). Gewählt sind die Kandidaten mit den höchsten Stimmenzahlen. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl.
- 6.5 Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende, im Verhinderungsfall einer der stellvertretenden Vorsitzenden. Sie sind einzeln zur Vertretung des Verbandes berechtigt.

- 6.6 Aufgabe des Vorstandes ist die Leitung des Verbandes im Sinne der Satzung und der von der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse. Dem Vorstand obliegt insbesondere
1. die Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben,
 2. die Herbeiführung und Durchführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 3. die Entscheidung über die finanziellen Aufwendungen des Verbandes sowie deren Kontrolle,
 4. die Bildung von Ausschüssen und Benennung der Mitglieder,
 5. die Bildung von Arbeitskreisen zur Behandlung von branchenspezifischen Aufgaben und Bestätigung deren Obleute,
 6. die Bestellung des Geschäftsführers.
- 6.7 Der Vorstand tritt nach Bedarf auf Einberufung des Vorsitzenden zusammen. Der Vorsitzende nimmt die Einberufung vor, wenn das Interesse des Verbandes es erfordert oder mindestens 1/3 der Vorstandsmitglieder es beantragt. In Ausnahmesituationen (z.B. Pandemie, etc.) können Vorstandssitzungen inklusive einer Beschlussfassung auch digital erfolgen.
- 6.8 Der Vorstand ist bei ordnungsgemäßer Einberufung beschlussfähig.
- 6.9 Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- 6.10 Bei Rechtsgeschäften, die der Vorstand im Namen des Verbandes vornimmt, haften die Vorstandsmitglieder nur mit dem Verbandsvermögen. Der Vorstand muss bei Eingehung von Verpflichtungen für den Verband die Haftung der Mitglieder auf das Verbandsvermögen beschränken.
- 6.11 Die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder ist ehrenamtlich.

§ 7 Mitgliederversammlung

- 7.1 Mindestens einmal jährlich soll eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn es das Interesse des Verbandes nach Ermessen des Vorsitzenden oder einer Mehrheit des Vorstandes erfordert oder wenn mindestens 1/4 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und des Grundes die Einberufung verlangt. Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich durch die Geschäftsstelle auf Veranlassung des Vorsitzenden unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Vorstandes, im Falle seiner Verhinderung ein Stellvertreter. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung der ordentlichen Mitgliederversammlung sind seitens der Mitglieder spätestens sieben Tage vorher schriftlich bei der Geschäftsstelle einzureichen. Die Mitgliederversammlung kann weitere Anträge zur Tagesordnung mit Mehrheit der anwesenden Mitglieder auf die Tagesordnung setzen. Satzungsänderungen, die Auflösung des Vereins sowie die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern können nur beschlossen werden, wenn die Anträge den Mitgliedern mit Versand der Tagesordnung angekündigt worden sind. Mitgliederversammlungen sind nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Medien beschließt die Mitgliederversammlung.

- 7.2 Der Vorstand ist berechtigt, eine ordentliche Mitgliederversammlung aus wichtigem Grund nicht als Präsenzveranstaltung, sondern unter Verwendung elektronischer Kommunikation durchzuführen. Sind in einer solchen Mitgliederversammlung Wahlen abzuhalten, verdoppelt sich die Einberufungsfrist auf vier Wochen. Abweichend von den Ziff. 6.2 bis 6.4 der Satzung sind mit der Einberufung Wahlvorschläge von den Mitgliedern anzufordern. Der Vorstand hat durch Beschluss einen Wahlleiter zu bestellen, der nicht Organ sein darf. Die Person des Wahlleiters ist in der Einberufung bekannt zu geben. Wahlvorschläge können dem Wahlleiter bis zu einem von ihm festzulegenden Datum, das mindestens zwei Wochen nach dem Zugang der Einberufung liegt, schriftlich unterbreitet werden. Der Wahlleiter hat dann unter Wahrung des Wahlgeheimnisses eine Briefwahl durchzuführen. Die Wahlzettel mit den Kandidaten sind den Mitgliedern mindestens zwei Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung zuzuleiten. Wahlzettel sind zu berücksichtigen, soweit sie bis zum Tage vor der Mitgliederversammlung bei der Geschäftsstelle eingehen. Der Wahlleiter bedient sich zur Durchführung der Wahl der Geschäftsstelle. Er ist ehrenamtlich tätig und zur Vertretung des Verbandes nicht berechtigt. Der Vorstand stellt dem Wahlleiter in angemessenem Umfang die erforderlichen Mittel zur Durchführung der Briefwahl zur Verfügung. Die Auszählung der Stimmen erfolgt in der Mitgliederversammlung. Die Mitglieder sind in der Einberufung auf das Prozedere hinzuweisen.
- 7.3 Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über
- den Ausschluss von Mitgliedern,
 - die Wahl des Vorstandes,
 - Satzungsänderungen,
 - Entgegennahme, Prüfung und Genehmigung des Haushaltes,
 - Entlastung des Vorstandes,
 - Wahl der beiden Kassenprüfer. Aufgabe der Kassenprüfer ist die Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung. Darüber hinaus müssen die Bücher des Vereins von einem unabhängigen Buchprüfer oder Steuerberater jährlich geprüft und mit einem Bestätigungsvermerk versehen werden.
- 7.4 Jedes Mitglied hat in der Mitgliederversammlung Sitz und Stimme. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse über Satzungsänderungen und den Ausschluss von Mitgliedern bedürfen einer 3/4-Mehrheit.
- 7.5 Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- 7.6 Protokolle sind den Mitgliedern zugänglich.
- § 8 Geschäftsführung
- 8.1 Die Geschäftsführung führt die Geschäfte des Verbandes nach Maßgabe dieser Satzung und dem Geschäftsführervertrag. Der Geschäftsführung obliegen Leitung und Überwachung des Gesamtverbandes. In allen Angelegenheiten, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb mit sich bringt, entscheidet die Geschäftsführung frei.

- 8.2 Der Vorstand kann durch Beschluss einen Katalog zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte erlassen. Er ist im Übrigen gegenüber der Geschäftsführung durch den Vorsitzenden weisungsbefugt.
- 8.3 Die Geschäftsführung vertritt den Verband neben dem Vorstand gerichtlich und außergerichtlich. Inschlagsgeschäfte sind der Geschäftsführung nur nach Genehmigung durch den Vorstand gestattet. Gegenüber der Geschäftsführung wird der Verband durch den Vorstand vertreten.

§ 9 Datenschutz im Verband

- 9.1 Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.
- 9.2 Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:
- das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO,
 - das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO,
 - das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO,
 - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO,
 - das Recht auf Datenübertragung nach Art. 20 DS-GVO und
 - das Widerspruchsrecht nach Art. 21 DS-GVO.
- 9.3 Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekanntzugeben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

§ 10 Fachausschüsse

- 10.1 Für bestimmte fachbezogene Aufgaben des Verbandes werden Ausschüsse gebildet.
- 10.2 Der Vorstand beruft die Leiter für diese Ausschüsse.
- 10.3 Die Leiter haben die Aufgabe, die Mitarbeiter der Ausschüsse auszuwählen und in Übereinstimmung mit dem Vorstand zu berufen.
- 10.4 Die Ausschüsse können sich eine Geschäftsordnung geben, die mit dem Vorstand abzustimmen ist.
- 10.5 Die Tätigkeit wird ehrenamtlich ausgeführt.

§ 11 Arbeitskreise

- 11.1 Zur Durchführung bestimmter fachlich begrenzter Aufgaben können auf Beschluss des Vorstandes Arbeitskreise gebildet werden.
- 11.2 Die Mitarbeit in den Arbeitskreisen ist Vertretern von Mitgliedsfirmen und

persönlichen Mitgliedern möglich. Ferner können Sachverständige aus dem Kreis der Abnehmer, Behörden und Institute berufen werden. Die Tätigkeit in den Arbeitskreisen ist ehrenamtlich.

- 11.3 Aufwendungen der Arbeitskreise sollen aus dem Bereich der in den Arbeitskreisen vertretenen Interessengruppen getragen werden.
- 11.4 Die Obleute der Arbeitskreise werden mit einfacher Mehrheit der Arbeitskreismitglieder gewählt und sind vom Vorstand zu bestätigen.
- 11.5 Die Arbeitskreise können sich eine Geschäftsordnung geben, die mit dem Vorstand einvernehmlich abzustimmen ist.
- 11.6 Die Tätigkeit wird ehrenamtlich ausgeführt.

§ 12 Ehrungen

- 12.1 Persönlichkeiten, die sich um das Email und seine Technologie besonders verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit zu Ehrenmitgliedern und/oder Ehrenvorsitzenden ernannt werden. Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende sind vom Beitrag befreit.
- 12.2 Zum Andenken an Louis Vielhaber, den verdienstvollen Förderer der Emailtechnik und -forschung sowie ersten Vereins-Geschäftsführer und zur Förderung der Emailforschung und Emailtechnik, verleiht der Deutsche Email Verband e.V. eine Gedenkmünze, die seinen Namen trägt. Für die Verleihung der Louis-Vielhaber-Gedenkmünze hat die Mitgliederversammlung durch Beschluss gesonderte Bestimmungen erlassen.

§ 13 Schiedsgericht

- 13.1 Das Schiedsgericht entscheidet ausschließlich und endgültig über die Berufung gegen Ausschlussbeschlüsse der Mitgliederversammlung gem. § 3 Ziffern 3.4 und 3.5.
- 13.2 Es besteht aus einem Obmann, der auf Ansuchen des Vorstandes vom Präsidenten der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer Hagen benannt wird und zwei Beisitzern, von denen einer vom jeweiligen Antragsteller und einer vom Vorstand berufen wird.
- 13.3 Das Schiedsgericht kann von dem ausgeschlossenen Mitglied durch an den Vorstand gerichteten eingeschriebenen Brief binnen eines Monats nach zugestelltem Ausschlussbeschluss angerufen werden. Nach fristgemäß erfolgtem Anruf hat der Vorstand unverzüglich die Bildung und den Zusammtritt des Schiedsgerichtes in die Wege zu leiten.
- 13.4 Das Schiedsgericht gibt sich selbst eine Geschäftsordnung und verfährt im Übrigen nach den einschlägigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung.
- 13.5 Das Schiedsgericht entscheidet über die Kostentragung des Schiedsverfahrens entsprechend den Vorschriften der Zivilprozessordnung.

§ 14 Auflösung

- 14.1 Die Auflösung des Verbandes kann nur eine zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung beschließen. Zu einem Beschluss über die Auflösung ist eine Mehrheit von 3/4 der erschienenen Mitglieder erforderlich.
- 14.2 Die Liquidation wird vom Vorstand durchgeführt, sofern die Mitgliederversammlung nicht andere Liquidatoren bestellt.
- 14.3 Über die Verwendung des nach Tilgung aller Verbindlichkeiten verbleibenden Vermögens beschließt die Mitgliederversammlung zugunsten eines zur Förderung des Qualitätsgedankens in der Emailindustrie dienenden Zweckes. Beschlüsse über eine künftige Verwendung des Vermögens werden erst nach Zustimmung des Finanzamtes ausgeführt.

Beschlossen auf der DEV-Mitgliederversammlung am 05.09.2021